

Kommunale Bürgerbeteiligung im deutsch-niederländischen Vergleich

Immer wieder ist das politische Partizipationsverhalten der Bürgerinnen und Bürger und das diesem zugrunde liegende Verhältnis zwischen Bürgern und Politik Thema sowohl der journalistischen als auch der politischen und sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung. Schlagworte wie Politikverdrossenheit, Politikerverdrossenheit oder die Kluft zwischen Bürgern und Politikern beschreiben den Gegenstand dieser Debatten in Deutschland und in den Niederlanden. In der Konsequenz wird sowohl in den Sozialwissenschaften als auch in der politischen Praxis beider Länder nach Instrumenten und Methoden gesucht, um die Bürger unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Veränderungen besser in politische Prozesse vor allem auf lokaler Ebene einzubinden. Diese Motivation zur Förderung der politischen Beteiligung wird zudem durch Maßnahmen zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung verstärkt.

Aus demokratietheoretischer Sicht dienen Verfahren zur Bürgerbeteiligung dazu, eine lebendige demokratische Kultur aufrechtzuerhalten und die Akzeptanz politischer Entscheidungen zu erhöhen. Dabei kommt es nicht immer auf eine repräsentative oder umfassende Beteiligung der Bürger an, sondern vielmehr darauf, ihnen eine Möglichkeit zu bieten, in den Dialog mit der Politik und der Verwaltung zu treten, sich zu informieren, Unmut zu äußern oder gemeinsame Lösungsvorschläge im Sinne des Allgemeinwohls zu erarbeiten.

Die politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger ist ein wesentliches Merkmal von Zivilgesellschaft. Die normativ-politische Dimension die-

ses Forschungsansatzes setzt demokratische Rahmenbedingungen voraus und fordert die aktive politische Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie einen aktivierenden Staat.

Im Mittelpunkt der ländervergleichenden Forschungsarbeit steht die Frage, wie die politische Beteiligung der Bürger auf der lokalen Ebene in Deutschland und in den Niederlanden konkret praktiziert wird, welche Strategien seitens der Stadtverwaltung und der Kommunalpolitiker verfolgt werden, um die politische Partizipation in ihrer Stadt zu fördern, und wie die Bürgerschaft diese Angebote wahrnimmt. Dazu wird ein Städtevergleich angestrebt, der Einblicke in die kommunale Beteiligungspraxis in den beiden Ländern bieten und die Unterschiede sowie die Gemeinsamkeiten zwischen den Untersuchungseinheiten hinsichtlich der Fragestellung herausstellen soll.

Das Erkenntnisinteresse der Forschungsarbeit liegt darin, Gründe für die festgestellten Gemeinsamkeiten und Differenzen zu finden. Diese könnten in den Spezifikationen der politischen Systeme oder in den Charakteristika der jeweiligen politischen Kultur liegen. Die Erarbeitung einer vergleichenden Darstellung der politischen Systeme bezogen auf die Stellung und Funktion der Kommunen sowie die Auseinandersetzung mit den Entwicklungspfaden und Merkmalen der politischen Kultur sind daher ebenso Bestandteile der Untersuchung.

Die methodische Vorgehensweise des politikwissenschaftlichen Forschungsvorhabens wird von folgenden Eckpunkten umrahmt: Mithilfe des komparativen Ansatzes der Studie, der sich auf Erkenntnisse aus der vergleichenden Demokratie- und politischen Kulturforschung stützt, soll über eine rein deskriptive Darstellung der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit hinausgegangen werden. Erklärende Prinzipien sind mithin das Ziel des induktiven Forschungsansatzes. Um zu diesen Ergebnissen zu kommen, bedient sich die Fallstudie der Instrumente der qualitativen Sozialforschung und wendet diese in einem Methoden-Mix aus Interviewführung, beobachtende Teilnahme, Sekundäranalyse sowie Dokumenten- und Inhaltsanalyse im Sinne einer Gegenwartsanalyse an. Dieser mehrdimensionale Forschungsansatz ermöglicht eine detaillierte Auseinandersetzung mit den ausgewählten Fällen und deren Vergleich.

Mareike Blömker